

Skandalfall Dillinger: Sonderermittler stellen Abschlussbericht Anfang Mai vor

Die beiden erfahrenen Ex-Staatsanwälte Jürgen Brauer und Ingo Hromada sollen Licht ins Dunkel der Missbrauchsaffäre um den Trierer Bistumpriester Edmund Dillinger bringen. Jetzt ist ihr Abschlussbericht fertig. Was ist davon zu erwarten?

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Was ist an den Missbrauchsvorwürfen gegen den vor anderthalb Jahren verstorbenen Trierer Bistumpriester Edmund Dillinger dran? Mit einer Antwort auf diese Frage haben sich die beiden Sonderermittler Jürgen Brauer und Ingo Hromada mittlerweile monatelang befasst. Nun ist der Abschlussbericht der beiden pensionierten Staatsanwälte fertig.

Wie der Sprecher der Aufarbeitungskommission, Gerhard Robbers, diese Woche auf Anfrage unserer Redaktion sagte, soll der Bericht voraussichtlich am Dienstag, 7. Mai, der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Über den Inhalt des Berichts wurde zunächst nichts bekannt.

Fall Dillinger: Was die Sonderermittler alles unternommen haben

Der pensionierte Koblenzer Generalstaatsanwalt Brauer und der ehemalige Trierer Oberstaatsanwalt Ingo Hromada waren von der Aufarbeitungskommission des Bistums damit beauftragt worden, den Fall Dillinger zu untersuchen. Der Geistliche steht im Verdacht, seit den 1960er-Jahren Jugendliche missbraucht und in teils pornografischen Posen fotografiert zu haben.

Der Fall war publik geworden, nachdem der Neffe des im November 2022 im Alter von 87 Jahren verstorbenen Domprälaten in dessen Haus im saarländischen Friedrichsthal mehrere Tausend Fotos und Dias gefunden hatte.

Brauer und Hromada sichtet in den zurückliegenden Monaten Dutzende Akten, recherchiert



In diesem Haus im saarländischen Friedrichsthal lebte der vor anderthalb Jahren verstorbene Priester Edmund Dillinger.

FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

bei Behörden und sprach mit ehemaligen Schülern, Kollegen und anderen Zeitzeugen Dillingers.

In der Vergangenheit legten die Sonderermittler bereits zwei Mal einen Zwischenbericht vor. Im September hieß es, dass sich die im Raum stehenden schweren Missbrauchsvorwürfe bis dahin nicht bestätigt hätten. Es gebe allerdings Hinweise auf massiv übergreifendes Verhalten des prominenten Domprälaten und Ehrenpöbeln. Der im November 2022 im Alter von 87 Jahren gestorbene Dillinger habe sich „bis ins hohe Alter jungen Männern genähert“, sagte Brauer seinerzeit unserer Redaktion. „Der konnte vom Anfang bis zum Ende

seine Finger nicht an sich halten.“

Wie sich Dillinger an seine Opfer herangepircht hat In ihrem im Dezember vorgestellten zweiten Zwischenbericht kamen die Sonderermittler zu dem Ergebnis, dass es der Trierer Bistumpriester bei den von ihm organisierten Fahrten und Treffen gezielt auf den näheren Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden abgesehen hatte. Dabei soll es immer wieder auch zu sexuellen Übergriffen durch den Geistlichen gekommen sein. Teilweise soll sich Dillinger regelrecht an seine Opfer „herangepircht“ haben, so die beiden Sonderermittler.

Hinweise auf ein pädophiles

Netzwerk, wie im Vorfeld kolportiert, haben die beiden Ex-Staatsanwälte bislang offenbar nicht gefunden. Erschwert wurden die Recherchen, weil die saarländischen Ermittler die Terminkalender des Geistlichen vernichten ließen. Das wäre ein Fundus für weiterführende Hinweise gewesen, sagte Chefaufklärer Jürgen Brauer.

Auch Recherchen zu Dillingers Afrika-Reisen Viele bei Dillinger gefundene Fotos waren auf Reisen entstanden, darunter häufiger in afrikanische Länder. In der Vergangenheit war von Hinweisen „auf ein Doppelleben“ Dillingers in Afrika unter falschem Namen die

Rede. Der Trierer Bistumpriester hatte 1972 ein Hilfswerk für soziale Projekte in Afrika gegründet.

Die Recherchen über mögliche Übergriffe Dillingers während dieser Reisen wurden zwar von den Sonderermittlern angestoßen. Die Ergebnisse stehen aber noch aus. „Die Experten sagen, dass es mit den Rückmeldungen dauert“, sagt Chefaufklärer Jürgen Brauer. Deshalb klammere man das Kapitel Afrika aus.

Mit ihrer Arbeit sind die beiden Sonderermittler dennoch zufrieden. „Wir haben eine Menge über das bewegte Leben Dillingers herausbekommen“, sagte Brauer vor wenigen Wochen unserer Redaktion.

Viele ehrenamtliche Bürgermeister unzufrieden

HAMBURG/MAINZ (dpa) Die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland ist laut einer Umfrage mit den Rahmenbedingungen zur Ausübung ihres Amtes unzufrieden. In Rheinland-Pfalz, das kommunalpolitisch vorwiegend im Ehrenamt regiert werde, seien sogar 63 Prozent unzufrieden, heißt es in einer Forsa-Befragung im Auftrag der Hamburger Körber-Stiftung. Insgesamt gibt es den Angaben zufolge mehr als 6000 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland, 1549 von ihnen wurden im Februar befragt. Mehr als 80 von ihnen treffen sich am Donnerstag in Berlin mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einem Erfahrungsaustausch unter dem Titel „Demokratie beginnt vor Ort“. Der Umfrage zufolge beurteilen 88 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik als weniger gut bis schlecht. 63 Prozent kommen zu dieser Bewertung, wenn es um die finanzielle Lage ihrer Gemeinde geht. Für die Zukunft sehen sogar 86 Prozent fehlende Haushaltsmittel als große Herausforderung für ihre Gemeinde. Außerdem befürchten der Umfrage zufolge 71 Prozent, dass sich in ihrer Gemeinde nicht genügend geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger für das Amt finden werden.

Bischöfe fordern Bekenntnis zu „Projekt Europa“

SCY-CHAZELLES/TRIER (KNA) Für ein freiheitliches und friedliches Europa treten im Vorfeld der Europawahlen am 9. Juni acht Bischöfe aus Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland ein. Diese Woche veröffentlichten sie einen Hirtenbrief, in dem sie zu einem Bekenntnis zum „Projekt Europa“ aufrufen. „Mögen wir uns, wenn wir unsere Stimmzettel in die Wahlurne werfen, bewusst sein, dass wir für ein Projekt der Hoffnung stimmen.“ Zu den Unterzeichnern gehört der Bischof von Trier, Stephan Ackermann. „Das Europa, für das wir zur Wahl aufgerufen sind, muss ein Raum der Zukunft, der Partnerschaft und der internationalen Verantwortung sein“, so die Kirchenführer.

Distanziere dich, wer kann: Wie Landes-CDU und Wirtschaftsrat mit der heiklen Causa Homburg umgehen

Eine Veranstaltung in Bad Kreuznach schlägt Wellen: Der umstrittene Finanzwissenschaftler und Corona-Maßnahmenkritiker Homburg ist am 23. April zu Gast – auf Einladung der örtlichen Sektion des CDU-nahen Wirtschaftsrats. Doch sowohl in der CDU als auch in Teilen des Wirtschaftsrats will niemand damit etwas zu tun haben.

VON TIM KOSMETSCHKE,
BASTIAN HAUCK UND MARIAN RISTOW

MAINZ Distanziere dich, wer kann: Das scheint das Motto innerhalb der rheinland-pfälzischen CDU bei der hochgekochten Debatte um eine Veranstaltung der Sektion Rhein-Nahe des CDU-nahen Wirtschaftsrats zu sein. Am 23. April soll dabei der umstrittene Finanzwissenschaftler und Corona-Maßnahmenkritiker Stefan Homburg in einer nicht-öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in Bad Kreuznach zu Gast sein. Das löst ungeahnte Fliehkräfte innerhalb der CDU aus – mit der Veranstaltung will quasi niemand etwas zu tun haben. Und auch dem Wirtschaftsrat – ein CDU-naher Lobbyverband, aber keine offizielle CDU-Gliederung wie etwa die Junge Union – selbst ist die Sache inzwischen mehr als unangenehm. Indes: Stattfinden soll der Vortrag – der deutlichen Kritik aus der CDU zum Trotz. Der Vorstand der Sektion, eine von 160 Sektionen innerhalb des Wirtschaftsrats, hält nach wie vor an seinen Plänen fest, ändert allerdings den Titel, wie die Landesgeschäftsführerin, Kerstin Ralet, mitteilt. Er laute nun: „Wie kommt Deutschland aus dem Krisenmodus?“

Zuvor hieß es noch „Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession“.

Reizwort Corona: Corona ist das Reizwort in dieser Angelegenheit, die bereits Schlagzeilen weit über Rheinland-Pfalz hinaus produziert hat. Homburg wurde einer breiteren Öffentlichkeit in den Pandemie-Jahren bekannt, als er Kritik an den Eindämmungsmaßnahmen der Bundesregierung in mitunter schrille Vergleiche packte. So fühlte er sich etwa an das erinnert, was 1933 bei der Machtergreifung Adolf Hitlers geschehen sei. Auch als Impfskeptiker profilierte sich Homburg in entsprechenden Kreisen. Daran hält er offenbar bis heute fest. Erst kürzlich erklärte er in Bezug auf die Krebs-Impfforschung des Mainzer Unternehmens Biontech: „Lieber Krebs als Plörre von Biontech“. Ob er den Firmennamen im entsprechenden Posting bewusst oder aus Versehen falsch schrieb, blieb unklar.

In der Mail von Landesgeschäftsführerin Ralet wird Prof. Dr. Stefan Homburg dem Institut für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität Hannover zugeordnet. Unerwähnt bleibt, dass Homburg inzwischen emeritiert ist. Senat, Präsidium und Hochschulrat der Leibniz-Universität

hatten sich 2020 dezidiert von Homburgs Äußerungen zur Corona-Krise distanziert, insbesondere von der Gleichsetzung der derzeitigen Verhältnisse mit denen des Jahres 1933, wie es in einer Stellungnahme hieß.

„Irgendwann falsch abgelenkt“ Eingeladen wurde er jedenfalls vom ehrenamtlich arbeitenden Vorstand der Sektion, stellt die Bundesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrats auf Anfrage unserer Zeitung klar. Die Kritik an Homburg sei berechtigt. „Offensichtlich ist er irgendwann falsch abgelenkt und verrennt sich auch im Stil immer weiter, wie man an seinem unverschämten Tweet gegen Biontech ablesen kann. Mit der einen Veranstaltung der Sektion Rhein-Nahe findet gleichwohl keinerlei Identifikation mit seinen Positionen statt, wie auch mit vielen anderen Referenten und Diskussionssteilnehmern des Wirtschaftsrates nicht.“ Man betont noch, dass zudem keine weitere Veranstaltung mit Homburg durch irgendeine Sektion des Wirtschaftsrates geplant oder terminiert sei. Also: eine reine Rhein-Nahe-Angelegenheit?

Ganz so einfach ist es nicht. Dafür hat die Sache bereits zu viele Kreise gezogen. Mindestens in Rheinland-

Pfalz. Es wurde viel telefoniert. Das klingt auch bei CDU-Landeschef Christian Baldauf an: „Es hat in den vergangenen Tagen immer wieder Gespräche mit dem Wirtschaftsrat gegeben, in denen die CDU ihre Position sehr deutlich gemacht hat: Wir halten es für falsch, jemanden einzuladen, der immer wieder diffamiert, beleidigt und dessen Thesen von Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremen bejubelt werden.“ Er habe sich ganz klar für eine Absage der Veranstaltung ausgesprochen – und wird auch selbst nicht teilnehmen. Aber: „Der Wirtschaftsrat ist jedoch eine eigenständige Organisation ohne formale Anbindung an die CDU, deshalb haben wir keinerlei anderen Einfluss auf deren Veranstaltungen – zumal hier eine ehrenamtliche, regionale Sektion maßgebend ist.“

So ähnlich klingt es auch aus dem Wirtschaftsrat selbst – Rhein-Nahe macht, was Rhein-Nahe machen will, sagt eine Person, die die Abläufe kennt. Der Verband ist nicht hierarchisch strukturiert, es gibt keine Durchgriffsmöglichkeiten in die autark arbeitenden Sektionen – selbst wenn das manchem in der Berliner Bundes- oder der Mainzer Landesgeschäftsstelle in diesem Fall gefallen

hätte. Aus der Sektion selbst war bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme zu erhalten.

Distanzieren – und den Schaden irgendwie begrenzen Also bleibt: Distanzieren – und den Schaden irgendwie begrenzen. „Vorseiten der CDU-Landtagsfraktion wird kein Abgeordneter/keine Abgeordnete an der Veranstaltung teilnehmen“, teilt ein Fraktionssprecher auf Anfrage mit – und verweist auf die vorherigen deutlichen Aussagen des Fraktionsvorsitzenden und CDU-Generalsekretärs Gordon Schnieder (wir berichteten). „Die CDU-Landtagsfraktion zeigt sich geschlossen, Herrn Homburg keine Bühne zu bieten und distanziert sich deutlich zugleich von dessen absurden Aussagen.“ Wie viele Fraktionsmitglieder ebenfalls Mitglied im Wirtschaftsrat sind, konnte der Sprecher nicht sagen. Was man immerhin weiß: Christian Baldauf ist sogar Mitglied im Landesvorstand.

Auch innerhalb der Bad Kreuznacher CDU schlägt das Thema Wellen. Kreisvorsitzender Helmut Martin war von dem Termin überrascht. Dass ein Referent eingeladen wurde, „der in den letzten Jahren unter anderem durch abfällige Äußerungen über ein

junges, internationales erfolgreiches Unternehmen aus Rheinland-Pfalz und über führende Mediziner und Gesundheitspolitiker aufgefallen ist, irritiert mich“, sagt der Vize-Fraktionschef der Christdemokraten im Landtag. Auch Martin betont, dass der Wirtschaftsrat komplett eigenständig agiert – auch bei der Frage, wer als Redner eingeladen wird. Mit den Klarstellungen aus Partei und Fraktion sei die Sache aber auch für ihn geklärt. Der politische Gegner reibt sich derweil die Hände. Die Entscheidung der Wirtschaftsrats-Sektion, an der Veranstaltung festzuhalten, dürfte Wasser sein auf die Mühlen der Landes-SPD. Deren Generalsekretär Marc Ruland hatte bereits am Dienstag erklärt, dass es CDU-Landeschef und -Generalsekretär offenbar an Durchsetzungskraft „im eigenen Laden“ mangle. „Dass es überhaupt zu dieser Einladung mit ‚CDU-Label‘ kam, macht fassungslos – zumal sie kein Einzelfall ist“, teilte Ruland mit. „Bereits 2023 bot die rechte Werteunion in Rheinland-Pfalz Stefan Homburg eine gemeinsame Bühne mit Hans-Georg Maaßen.“

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch